

## Kurzer Tätigkeitsbericht des Außenpolitischen Amtes der NSDAP. von 1933-1943.

Bei der Begründung des Außenpolitischen Amtes am 1.4.1933 gab der Führer die Weisung, daß es sich nicht zu einer großen Behörde auswachsen sollte, vielmehr durch Initiative und Anregungen seine Wirksamkeit zu entfalten hätte.

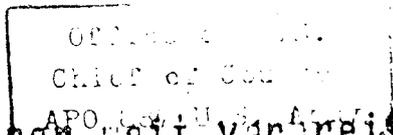
Entsprechend der von vornherein außerordentlich feindseligen Stellungnahme der Sowjetregierung in Moskau wandte das neugegründete Amt seine besondere Aufmerksamkeit den inneren Zuständen in der Sowjetunion zu als auch den Auswirkungen des Weltbolschewismus vorwiegend in den übrigen europäischen Ländern. Es trat mit den verschiedensten dem Nationalsozialismus zuneigenden und den Bolschewismus bekämpfenden Gruppen in Verbindung, wobei es sein Hauptaugenmerk auf die an die Sowjetunion angrenzenden Völker und Staaten richtete, die einerseits einen Isolierungsring um den bolschewistischen Nachbarn, andererseits aber auch die Flügelstellung zum deutschen Lebensraum und eine Flankenstellung gegenüber den Westmächten, insbesondere Großbritannien gegenüber, einnahmen. In Berücksichtigung der völlig verschiedenartigen Lebensverhältnisse, der blutmäßigen und geistigen Bindungen und der geschichtlichen Abhängigkeit in den vom Amt beobachteten Bewegungen in diesen Ländern sah es sich daher zur Anwendung der abweichendsten Methoden genötigt, um auf diesen oder jenen Wegen zu der gewünschten Einflußnahme zu gelangen.

In Skandinavien, in dem nach dem Weltkrieg von 1914/1918 eine immer ausgesprochenere pro-angelsächsische Einstellung, auf wirtschaftlicher Grundlage fußend, vorherrschend wurde, legte das Amt den ganzen Nachdruck auf eine Einwirkung über die allgemein kulturellen Beziehungen zu den nordischen Völkern. Zu diesem Zweck nahm es die Nordische Gesellschaft in Lübeck in seine Obhut.

Deren Reichstagungen waren von zahlreichen hervorragenden Persönlichkeiten, vor allem auch aus Finnland, besetzt. Während in Schweden und Dänemark eine rein politische Zusammenarbeit sich nicht eröffnete, fand sich in Norwegen dagegen eine auf dem großgermanischen Gedanken fußende Vereinigung vor, mit deren Gründer eine sehr enge Verbindung hergestellt wurde, die dann auch zu weiteren Folgen führte. (Nähere Ausführungen siehe Anlage I)

Der Südosten wurde vom französischen Bündnissystem der Nachkriegszeit beherrscht. Die in der kleinen Entente zusammengefaßten Staaten bezweckten eine günstigere Verteidigung des durch den Krieg eingebrachten Raubs. Jedes dieser Länder suchte außerdem in dem gegenseitigen Unterstützungsvertrag eine Sicherung gegen einen überlegenen Gegner zu gewinnen: die Tschochoslowakei gegen Deutschland, Jugoslawien gegen Italien, Rumänien gegen die Sowjet-Union. Während in der Tschechoslowakei die dort noch vorhandenen zum Teil panslawistischen freimaurerischen und pro-jüdischen Tendenzen sich in einem besonderen Haß gegen alles Deutsche fanden, war in Rumänien das Gefühl der Unsicherheit und der Angst gegenüber dem übermächtigen Nachbarn, dem es Bessarabien genommen hatte, im Wachsen begriffen. In Rumänien existierte noch eine ganz ursprünglich antisemitische Gruppe, deren akademisch doktrinäre Haltung zwar eine große politische Auswirkung verhinderte, aber doch Anknüpfungspunkte bot. Das Außenpolitische Amt griff diese auf, erweiterte sie, inspirierte eine neue Parteigründung und erzwang dadurch eine entscheidende Veränderung der gesamten politischen Verhältnisse in Rumänien, die sich bis auf den heutigen Tag auswirkt. (Nähere Ausführungen siehe Anlage II.)

Allein auf die früher völlig entrechteten Bündnisstaaten des Weltkrieges, auf Ungarn und Bulgarien, äußerte sich eine gewisse Anziehung des neu gebildeten Kraftzentrums im Norden. Sie war getragen von der Hoffnung, durch die Wiedererstarkung Deutschlands auch zu einer eigenen Machtausweitung zu gelangen. Doch zeigte sich in Bulgarien eine gewisse Reserve oder Antipathie



zum Nationalsozialismus auf einer weit verbreiteten kommunistischen Verseuchung beruhend, in Ungarn eine ähnliche Reserve, getragen von den noch immer tonangebenden feudalen, sich auf die jüdischen Kapitalkräfte stützenden Schicht. Immerhin mag hier erwähnt werden, daß der erste fremde Staatsbesuch nach der Machtübernahme durch die Vermittlung des Außenpolitischen Amtes erfolgte. Der in früheren Jahren selbst antisemitische und rassenpolitische Tendenzen verfolgende, auf den ungarischen Ministerpräsidentenstuhl gelangte Julius Gömbös, mit dem das Amt eine persönliche Verbindung hatte, stattete im September 1933 Deutschland einen Besuch ab und wurde vom Führer in Erfurt empfangen. Mit diesem Besuch war die offizielle Isolierungsschicht gegenüber dem Nationalsozialismus zum ersten Mal gebrochen. Durch Vermittlung des Amtes war der Empfang des rumänischen Dichters und ehemaligen Ministers Octavian Goga beim Führer vorausgegangen, der später zum entscheidenden Exponenten einer politischen Annäherung an Deutschland wurde.

In Jugoslawien waren andere deutsche Reichsbehörden im gleichen Sinne tätig geworden, so daß sich das Außenpolitische Amt zurückhielt und seine Bestrebungen auf das rein wirtschaftliche Gebiet verlegte. Von ihm wurden erste Abmachungen mit kroatischen und serbischen Genossenschaften eingeleitet.

Aus wehrwirtschaftlichen Gründen vertrat das Amt den Gedanken einer möglichst weitgehenden Umlagerung des Rohstoffbezuges aus Übersee nach den verkehrstechnisch zu Lande erreichbaren Gebieten, d.h. vorwiegend in den Balkan, soweit dieses natürlich praktisch möglich war. Bei diesen Bestrebungen fand das Amt zuerst wenig Gehör, später aber die tatkräftige Unterstützung besonders seitens des Nährstandes, durch dessen Mitarbeit z.B. auf dem Gebiet des Obst- und Gemüsebezuges eine sehr wesentliche Umlagerung der Bezugsquellen erzielt wurde, besonders durch die nun auch eingeleitete Zusammenarbeit mit kroatischen und ungarischen Genossenschaften sowie wirtschaftlichen Vereinigungen auf dem ganzen Balkan.

Da zu Italien noch aus der Kampfzeit besondere Bindungen persönlicher Art bestanden, die von staatlichen Institutionen übernommen oder von einzelnen Persönlichkeiten weitergepflegt wurden, schied eine Bearbeitung von vornherein aus, ebenso wie die Bearbeitung der Ostmark, für die in der NSDAP. eine besondere Landesleitung Österreich bestand.

Eine Befassung mit den Fragen der Volks deutschen im Ausland lehnte das Amt ab. Für diesen Komplex wurde später die Volksdeutsche Mittelstelle geschaffen.

Gegenüber den Westeuropäischen Staaten beschränkte das Amt seine Tätigkeit auf eine reine Beobachtung der gegebenen Verhältnisse oder auf Anknüpfung von Beziehungen besonders wirtschaftlicher Art, vornehmlich in Belgien, Holland und Luxemburg.

Gegenüber England bemühte sich das Amt entsprechend der vom Führer festgelegten außenpolitischen Haltung um die Herstellung weitreichender Verbindungen durch laufende persönliche Fühlungnahme mit einflußreichen Persönlichkeiten des englischen politischen Lebens. Namhafteste Engländer wurden zu den Parteitagen geladen.

In Verfolg der selbstgewählten Aufgabe wandte das Amt auch seine Aufmerksamkeit Vorderasien zu. Die durch Mustafa Kemal neu konsolidierte Türkei nahm dem Nationalsozialismus gegenüber eine zögernde und abwartende Haltung ein. Die Stellung war wohl bedingt einerseits durch die in der Türkei klar erkannte militärische Ohnmacht gegenüber der Sowjet-Union, andererseits aber auch durch die schon früher gegenüber dem faschistischen Italien in Erscheinung getretene Wegnerschaft. In Iran stieß dagegen die Initiative des Amtes auf wirtschaftlichem Gebiet zur Intensivierung des gegenseitigen Warenaustausches auf das größte Verständnis und die größte Bereitwilligkeit in der Durchführung. Die vom Amt mit Hilfe von Wirtschaftskreisen zur wirtschaftlichen Durchdringung Irans auf ganz neuen Wegen entwickelte Initiative, die natürlich auch in Deutschland bei den zuständigen staatlichen Stellen zuerst

auf völlige Ablehnung und auf Widerstand stießen, der erst überwunden werden mußte, drückte sich in einer außerordentlich günstigen Weise in den gegenseitigen Handelsbeziehungen aus. Im Laufe von wenigen Jahren verfünffachte sich das Handelsvolumen mit Iran, und im Jahre 1939 hatte der iranische Warenumsatz mit Deutschland die erste Stelle erreicht und den bisher größten und gefürchtetsten Konkurrenten, sogar Sowjetrußland, aus dem Felde geschlagen. Gleichzeitig mit der Belebung der Wirtschaftsbeziehungen hatte das Amt aber auch die kulturellen Beziehungen intensiviert, und im Zusammenhang mit dem steigenden wirtschaftlichen Einfluß eine Reihe von Deutschen geleiteten und gelenkten Kulturinstitutionen in engster Zusammenarbeit mit der iranischen Regierung geschaffen, so daß schon seit dem Jahre 1930 der dominierende französische Kultureinfluß in Iran gebrochen war.

Gleichzeitig versuchte das Amt, auch Afghanistan in seinen Interessenkreis zu ziehen. Die mit einzelnen führenden Persönlichkeiten in Afghanistan angeknüpften Beziehungen führten zu einer bereitwilligen Erschließung des bisher von Deutschland ziemlich vernachlässigten Landes. Alle führenden Persönlichkeiten Afghanistans waren Gäste des Amtes. Die Beteiligung der deutschen Wirtschaft am industriellen Aufbau des Landes wurde vom Amt begünstigt. Deutsche Fachkräfte wurden durch die Vermittlung des Amtes in steigendem Maße auf allen Lebensgebieten nach Afghanistan berufen. Die deutsche Kolonie wurde zur dominierenden in Afghanistan. Die Vorbereitung zum Ausbau der afghanischen Armee lag in deutschen Händen. Die Weiterführung wurde durch den Kriegsausbruch verhindert. Wenn auch späterhin die deutsche Kolonie Afghanistan verlassen mußte, so ist die heutige neutrale Stellung Afghanistans zu einem nicht geringen Teil auf die Tätigkeit des Amtes zurückzuführen.

Auch die arabische Frage wurde in die Bearbeitung des Amtes einbezogen. Trotz der politischen Bevormundung des Irak durch England stellte das Amt eine Reihe von Verbindungen zu einer Reihe führender Persönlichkei-

ten der arabischen Welt her, die starken Bindungen an Deutschland die Wege ebneten, wobei auch der wachsende Einfluß des Reiches im Iran und in Afghanistan seine Rückwirkungen auf Arabien nicht verfehlte. Alle diese Beziehungen erfolgten auf rein wirtschaftlicher Grundlage und begünstigten das systematisch gelenkte Vorgehen des deutschen Einflusses und Ansehens in den sich von den Westmächten vorbehaltenen Domänen. Hierbei mag ganz allgemein erwähnt werden, daß die innere Bedrohung der englischen Vormachtstellung in jenen Gebieten bei Ausbruch des Krieges eine bedeutend ausgesprochenere gewesen wäre, wenn die vorausblickende, die orientalischen Verhältnisse sehr wohl berücksichtigende Initiative des Amtes nicht von der staatlichen Behörde dauernd außer acht gelassen worden wäre.

In Voraussicht eines sich besonders auf dem Balkan und im Orient durch Umlagerung bzw. Erhöhung des Warenaustausches notwendig ergebenden verkehrstechnischen Ausbaus des Donau-Wasserweges versuchte das Amt initiativ auch auf den Ausbau unserer Donauschiffahrt durch unsere zuständigen Stellen (besonders bei der Bayerischen Regierung) unter Hinzuziehung der daran besonders interessierten privatwirtschaftlichen Kreise einzuwirken (vor allem auch der Ausbau des Hafens Regensburg). Trotz jahrelangen Hinweises auf die immer vordringlicher werdende Notwendigkeit und trotz einer rastlosen Initiative waren die Bemühungen des Amtes leider in dieser Hinsicht von keinem Erfolg gekrönt, was wohl heute von allen dafür verantwortlichen Stellen auf das schmerzlichste bedauert wird.

Aus der übrigen Initiative des Außenpolitischen Amtes verdient noch hervorgehoben zu werden die Bestrebung zur Anpflanzung der gummihaltigen Kok Saqys, die auch in der Sowjetunion angebaut werden, in Deutschland. Trotz jahrelanger Bemühungen gelang es infolge der latenten Uneinigkeit aller zuständigen Stellen nicht, größere Versuchsfelder im Reich anzubauen. Das Amt sah sich gezwungen, mit Hilfe seiner Verbindungen auf dem Balkan, auf Versuchsfelder in Griechenland zurückzugreifen.

Etwas abseits lag die aus persönlichen Beziehungen erwachsene Initiative des Amtes in Brasilien. Es gelang, große Posten Baumwolle auf dem Verrechnungsweg nach Deutschland zu bringen (60.000 Tonnen), als der Bezug dieses Rohstoffes äußerst kritisch wurde und schon zu Arbeitseinschränkungen zwang. Ein Vertreter des Amtes war zwei Mal Gast der Brasilianischen Regierung. Brasilien und Iran waren die einzigen Staaten, in denen Deutschland den unentbehrlichen Rohstoff gegen Reichsmark erwerben konnte. In einer Rede brachte der Brasilianische Botschafter dem Chef des Amtes gelegentlich einer Ausstellung seinen Dank für diese wirtschaftliche Anbahnung zum Ausdruck.

Zu verzeichnen wären ferner die rund 40 Vortragsabende für die Diplomatie und ausländische Presse über den Aufbau des neuen Deutschlands, auf denen viele führende Persönlichkeiten des Reiches sprachen.

Die politisch mögliche Initiative hat das Amt durchgeführt. Mit dem Ausbruch des Krieges durfte es seine Aufgabe als abgeschlossen betrachten. Die Auswertung der vielen persönlichen Beziehungen in vielen Ländern kann in anderer Form wieder aufgenommen werden.

*Frankenberg*

## 2 Anlagen

- I Norwegen
- II Rumänien

## Anlage I zum kurzen Tätigkeitsbericht des Aussenpolitischen Amtes der NSDAP. von 1933-1943.

### Die politische Vorbereitung der militärischen Besetzung Norwegens in den Kriegsjahren 1939/1940.

Wie schon erwähnt, erschien von allen politischen Gruppierungen in Skandinavien nur die in Norwegen vom ehemaligen Kriegsminister und Major a.D. Vidkun Quisling geführte "Nasjonal Samling" einer ernsteren politischen Beachtung würdig. Sie war eine politische Kampfgruppe, getragen von der Idee einer grossgermanischen Gemeinschaft und wurde natürlich von allen herrschenden Kräften angefeindet, die ihren Durchbruch in der Bevölkerung mit allen Mitteln zu verhindern trachteten. Das Amt hielt mit Quisling eine dauernde Verbindung aufrecht und verfolgte aufmerksam seine mit zäher Energie geführten Angriffe auf die im englischen Fahrwasser segelnde Bourgeoisie. Es erschien von vornherein wahrscheinlich, dass ohne umwälzende, die Bevölkerung aus ihrer bisherigen Einstellung aufwühlende Ereignisse ein erfolgreiches Fortschreiten der Nasjonal Samling nicht zu erwarten war. Im Winter 1938/39 wurde Quisling durch ein Mitglied des Amtes privat besucht. Als sich die politische Lage in Europa 1939 zuspitzte, erschien Quisling auf der Tagung der Nordischen Gesellschaft im Juni in Lübeck und entwickelte seine Auffassung der Lage und seine Befürchtungen bezüglich Norwegens. Nachdrücklich machte er auf die geopolitisch entscheidende Bedeutung Norwegens im skandinavischen Raum aufmerksam und auf alle jene Vorteile, die im Falle eines Konfliktes zwischen dem Grossdeutschen Reich und Grossbritannien jener Macht erwachsen würde, die die norwegische Küste beherrsche. In der Annahme, dass die Ausführungen Quislings aus fliegerstrategischen Gründen Reichsmarschall Göring besonders interessieren würden, wurde Quisling vom Amt an Staatssekretär Körner

- 2 -

verwiesen. Dem Chef der Reichskanzlei übergab der Stabsleiter des Amtes zwecks Überreichung an den Führer eine Denkschrift in derselben Angelegenheit noch unter Berücksichtigung der damals zweifelhaften Haltung Sowjet-Russlands. Nach Ausbruch der deutsch-polnischen Feindseligkeiten und des sowjetisch-finnischen Krieges verschärften sich die Spannungen in Skandinavien und erleichterten der angelsächsischen Propaganda die Arbeit. Die Möglichkeit einer von Grossbritannien beabsichtigten Besetzung Norwegens, vielleicht auch Schwedens, um die Blockade gegen Deutschland in der Nordsee praktisch zu schliessen und bequeme Flugzeugstützpunkte gegen Deutschland zu gewinnen, begann sich unter dem Vorwand einer uneigennützigigen Finnlandhilfe abzuzeichnen mit dem Ziel, auch die Nordstaaten in eine militärische Auseinandersetzung gegen Grossdeutschland hereinanzuziehen. Besorgt über diese Entwicklung erschien Quisling nochmals im Dezember 1939 in Berlin, wo er Reichsleiter Rosenberg und Grossadmiral Raeder aufsuchte. In einem Vortrag beim Führer brachte Reichsleiter Rosenberg noch einmal das Gespräch auf Norwegen und wies insbesondere auf dessen Bedeutung hin, falls England, um seine Blockade zu verschärfen, unter dem Deckmantel einer angeblichen Finnlandhilfe zu einer von den Norwegern geduldeten Besetzung schreiten würde. Auch Grossadmiral Raeder war auf Grund seiner Unterhaltung mit Quisling und auf seine Bitte hin zum Führer bestellt worden. Als Ergebnis dieser Schritte wurde Quisling am 16. und noch einmal am 18. Dezember zur persönlichen Unterredung vom Führer empfangen. In dieser Unterredung betonte der Führer wiederholt, dass ihm persönlich eine völlig neutrale Haltung Norwegens wie auch ganz Skandinaviens am liebsten wäre. Er habe nicht die Absicht, die Kriegsschauplätze zu erweitern und noch andere Nationen in den Konflikt hineinzuziehen. Wenn aber von der feindlichen Seite eine Ausweitung des Krieges vorbereitet würde mit dem Ziel, eine weitere Abschnürung und Bedrohung des Grossdeutschen Reiches durchzusetzen, würde er genötigt sein, sich gegen ein

Offizier  
Chef  
1941

solches Vorgehen zu wappnen. Um der zunehmenden feindlichen Propagandatätigkeit ein Gegengewicht zu schaffen, sagte der Führer Quisling eine finanzielle Unterstützung seiner auf dem grossgermanischen Gedanken fassenden Bewegung zu. Die militärische Bearbeitung der nunmehr aufgenommenen Fragen wurde dem militärischen Sonderstab übertragen, der Quisling besondere Aufträge übermittelte. Die politische Bearbeitung sollte Reichsleiter Rosenberg übernehmen, die finanziellen Unkosten das Auswärtige Amt tragen, wobei der Reichsaussenminister vom Aussenpolitischen Amt fortlaufend informiert werden sollte. Die Aufrechterhaltung der Verbindung mit Quisling wurde Amtsleiter Scheidt übertragen, der im Verlauf der weiteren Entwicklung dem Marineattaché in Oslo, Korvettenkapitän Schreiber, zugeteilt wurde. Es wurde die strengste Geheimhaltung der ganzen Angelegenheit angeordnet.

Schon im Januar verschärften sich die von Quisling über seinen Vertreter in Deutschland, Hagelin, weitergegebenen Meldungen über die Möglichkeit des Eingreifens der Westmächte in Norwegen unter Duldung der norwegischen Regierung. Die immer begründeteren Mitteilungen standen im schärfsten Gegensatz zu der Auffassung der Deutschen Gesandtschaft in Oslo, die auf den Neutralitätswillen der damaligen norwegischen Regierung Nygardsvold baute und von der verteidigungsbereiten Neutralitätsabsicht dieser Regierung überzeugt war. Es gelang dem Vertreter Quislings für Deutschland, von dem niemand in Norwegen wusste, dass er in engster Beziehung zu Quisling stand, im Kreise der Regierung Nygardsvold Fuss zu fassen und die ungeschminkte Auffassung der norwegischen Regierungsmitglieder zu hören. Hagelin übermittelte das von ihm Gehörte dem Amt, das seine Nachrichten durch Reichsleiter Rosenberg dem Führer zukommen liess. In der Nacht vom 16. und 17. Februar überfielen englische Zerstörer den deutschen Dampfer "Altmark" im Jössingfjord. Das Verhalten der norwegischen Regierung in dieser Frage liess darauf schliessen, dass unter der Hand schon irgendwelche bestimmten Vereinbarungen zwischen der norwegischen

Regierung und den Alliierten getroffen worden waren. Eine solche Annahme wurde auch durch Berichte von Amtsleiter Scheidt bestätigt, der seinerseits von Hagelin und Quisling die Informationen bezog. Auch nach diesem Vorfall verfocht aber die Deutsche Gesandtschaft in Oslo die gegenteilige Ansicht und lagte sich auf den guten Willen der Norweger fest.

In der Zwischenzeit war es Hagelin gelungen, durch seine Verbindung in Norwegen als Vertrauensmann der norwegischen Marine mit dem Ankauf von deutschen Flaks über das deutsche Marineministerium betraut zu werden. Durch diese Verbindung erhielt er immer mehr Einblick in die eigentlichen Auffassungen und Absichten der norwegischen Regierung Nygardsvold und in die von den Alliierten in Norwegen schon eingeleiteten Vorbereitungen. Anlässlich seiner Anwesenheit in Berlin am 20. März zu Verhandlungen über deutsche Flaklieferungen machte er die Mitteilung, dass die Alliierten nunmehr schon die norwegischen Hafenstädte auf Lade- und Transportmöglichkeiten untersuchten. Der mit dieser Aufgabe betraute französische Kommandant habe in einem vertraulichen Gespräch dem Kommandanten von Narvik, einem Anhänger Quislings, die Absichten der Alliierten enthüllt, motorisierte Truppen in Stavanger, Drontheim und evtl. auch Kirkenes zu landen und den Flughafen Sola bei Stavanger zu besetzen. Auch verschärfte Hagelin seine Warnungen über die zwischen den Alliierten und der norwegischen Regierung geheim getroffenen Vereinbarungen, dass bei einer evtl. Besetzung von Hafenstädten durch die Alliierten sich die norwegische Regierung allein mit papiernen Protesten begnügen würde. Er wies darauf hin, dass die norwegische Regierung niemals die Absicht gehabt hatte, ernstlich gegen England Stellung zu nehmen und nur um Zeit für vollendete Tatsachen zu gewinnen, Deutschland gegenüber ein doppeltes Spiel treibe. Er gab auch bekannt, dass die norwegische Regierung von England informiert worden wäre, Deutschland beabsichtige, eine Minensperre von Jütland nach der norwegischen Küste zu legen. Auf Grund aller ihm zugetragenen Nachrichten

- 5 -

könne Quisling nunmehr seinen Rat, die weitere Entwicklung in Norwegen noch etwas abzuwarten, nicht mehr aufrecht erhalten, sondern er müsse darauf hinweisen, dass eine jede Verzögerung der deutschen Gegenaktion ein ausserordentliches Risiko bedeute. Diese Meldungen wurden von Reichsleiter Rosenberg sofort dem Führer übergeben. In Bestätigung dieser von Quisling und seinen Vertrauensleuten gemachten Mitteilungen und im Gegensatz zu der bis zum Schluss vertretenen Auffassung der Deutschen Gesandtschaft in Oslo und des Bearbeiters im Auswärtigen Amt holten dann die Alliierten am 8. April zum ersten Schlag als Auftakt für die von ihnen beabsichtigte Besetzung Norwegens aus. In der Nacht vom 7. zum 8. April legte die alliierte Flotte Minensperren vor der norwegischen Küste und die alliierten Regierungen unterrichteten die Weltöffentlichkeit von ihrem Vorgehen. Entsprechend den vom Amt gemachten Angaben erfolgten aus Norwegen nur ständig lauer werdende Proteste. Auf Befehl des Führers ging dann Grossdeutschland nach entsprechender Vorbereitung in der Frühe des 9. April zum Gegenschlag über und besetzte die wichtigsten norwegischen See- und Lufthäfen.